

werden könne - rechtzeitig vor der Lese 2011. „Ich möchte allerdings ganz deutlich unterstreichen, dass ich keine Lösung akzeptieren werde, die die Glaubwürdigkeit des ganzen Sektors untergraben würde“, so Ciołoş. Bislang gibt es EU-rechtlich gesehen keinen „Biowein“, sondern lediglich Wein aus biologisch angebauten Trauben. Die Weinbereitung kann prinzipiell nach allen zugelassenen konventionellen Methoden erfolgen. In der Kommission ist man deshalb der Meinung, dass ein Ökowein, der diese Bezeichnung verdient, auch gewisse zusätzliche Auflagen in der Vinifizierung erfüllen muss.

#### **Knackpunkt Schwefelgehalt**

Bereits 2010 sollten entsprechende Regeln gefunden werden, was vor knapp einem Jahr allerdings an der Frage des zulässigen Schwefelgehalts scheiterte. Die Brüsseler Behörde wollte die für

Biowein erlaubten Sulfitmengen gegenüber konventionell hergestelltem Rebensaft deutlich senken, nämlich um jeweils 50 mg/l auf 100 mg/l Rotwein beziehungsweise 150 mg/l Weiß- oder Roséwein. Insbesondere von deutscher Seite wurde dies unter Verweis auf das hiesige, vergleichsweise kühle Klima abgelehnt. Die Schwefelung trägt zur Haltbarmachung des Weins bei. Ferner sollten in Biowein insgesamt weniger Zusatzstoffe und technische Hilfsstoffe Eingang finden. Insgesamt acht Weinbereitungsverfahren sollten nur eingeschränkt oder gar nicht eingesetzt werden dürfen, darunter die künstliche Senkung des Alkoholgehalts, der nachträgliche Entzug von Schwefeldioxyd oder die Umkehrosmose. Als Ciołoş sah, dass er im zuständigen Ausschuss keine ausreichende Mehrheit für seine Pläne finden würde, zog er den Vorschlag zurück (AGRA-EUROPE 25/10, EU-NACHRICHTEN 4). AgE

EU/DEUTSCHLAND

AGRARPOLITIK

## **Brunner und Potocnik: Kleine Höfe besser fördern**

BRÜSSEL. Eine kleinstrukturierte, bäuerliche Landwirtschaft muss wegen ihrer vergleichsweise höheren Leistungen für Gesellschaft und Umwelt künftig besonders gefördert werden. Darin zeigten sich EU-Umweltkommissar Janez Potočnik und Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner nach Angaben seines Ressorts bei einem Treffen in Brüssel einig. Bayern leiste bereits jetzt einen großen Beitrag zur umweltgerechten Landwirtschaft; nur wenig andere Länder und Regionen in der EU hätten auch nur annähernd so umfangreiche Programme zur Sicherung von Umweltbelangen, lobte Potočnik. Er wolle die anderen Mitgliedstaaten an diese hohen Standards heranführen, sich aber zugleich dafür einsetzen, dass Länder wie Bayern auch künftig Maßnahmen nach dem Motto „Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht“ anbieten könnten. Dafür sei ein möglichst starker Agrarhaushalt notwendig, unterstrichen beide Politiker. „Nur so können wir vitale ländliche Räume erhalten und die gesellschaft-

lichen Herausforderungen meistern“, betonte Brunner. Die von Agrarkommissar Dr. Dacian Ciołoş geplante Koppelung der Zahlungen an Umweltstandards, das sogenannte „Greening“, sei eine Chance, die gesellschaftliche Akzeptanz der Zuschüsse zu verbessern, aber auch eine Voraussetzung für den Erhalt eines ungeschmälernten Agraretats, betonten die Politiker gemeinsam. Ein „moderates Angrünen“ könne im Interesse Bayerns liegen, erklärte Brunner. Es dürfe aber keinesfalls weitere bürokratische Hürden für die Bauern aufbauen oder auf eine Einschränkung der bayerischen Agrarumweltprogramme hinauslaufen. Schließlich brauche der Freistaat auch künftig Gestaltungsspielräume, um eigene Akzente setzen zu können, hob der Minister hervor. Beide Politiker sprachen sich dafür aus, kleinere Betriebe vom „Greening“ auszunehmen, denn sie leisteten schon wegen ihrer Betriebsstruktur einen Beitrag zur umweltgerechten Landwirtschaft und würden durch Auflagen unverhältnismäßig belastet. AgE

EU/DEUTSCHLAND

SITUATIONSBERICHTE

## **EU-Kommission stellt Weichen für nachhaltiges europäisches Transportsystem**

Für die Agrar- und Ernährungswirtschaft wären die Folgen nicht unerheblich - Zunächst sollen Schienenverbindungen leistungsfähiger gemacht werden - Dem dürften Straßennutzungsentgelte und eine Reform der Besteuerungsgrundlagen für den Lkw-Verkehr folgen - Eine Eurovignette könnte die Kosten zusätzlich um durchschnittlich 3 Cent bis 5 Cent pro Kilometer treiben

BONN. Die von der Europäischen Kommission Ende März in ihrem „Weißbuch Verkehr“ vorgelegten verkehrspolitischen Pläne könnten auch für die Agrar- und Ernährungsbranche sowie deren vor- und nachgelagerte Bereiche bedeutende Folgen haben. Darauf hat die Bonner AFC Management Consulting nach einer Auswertung relevanter Daten hingewiesen. Laut AFC ist vorgesehen, bis 2030 fast ein Drittel und bis 2050 die Hälfte des Straßengüterverkehrs mit Strecken über 300 km Länge auf die Schiene zu verlagern. Dazu setze Brüssel zum einen auf die „klassischen“ Instrumente wie Investitionen in die Infrastruktur, um zunächst die Schienenverbindungen leistungsfähiger und attraktiver zu machen. Zum anderen stünden Maßnahmen zur Stärkung der Internalisierung der externen Kosten wie CO<sub>2</sub>-Emissionen auf der Agenda, die in Form von Straßennutzungsentgelten und einer Reform der Besteuerungsgrundlagen in erster Linie den Lkw-Verkehr betreffen. Im Agrar- und Ernährungsbereich macht der Transport der Erzeugnisse nach Angaben der AFC mehr als ein Fünftel der innereuropä-

schen Verkehrsleistung aus. Der Großteil davon, nämlich 90 %, entfalle auf den Lkw, während sich der Rest zu 5,7 % auf die Eisenbahn sowie zu 3,8 % auf die Binnenschifffahrt verteile. Von den Plänen der Kommission wären die Hersteller von Gemüse und Früchten sowie anderen Nahrungs- und Futtermitteln besonders betroffen, insbesondere jene aus Deutschland, Spanien und Frankreich, die für fast 20 % aller im innereuropäischen Straßengüterverkehr erbrachten Tonnenkilometer verantwortlich seien.

#### **Kosten werden an Kunden weitergereicht**

Die AFC kommt in ihrer Studie zu dem Schluss, dass die stärkere und vor allem einheitliche Berücksichtigung der Umwelt- und Lärmkosten die Transportpreise deutlich nach oben treiben würde. Durch die auf Europaebene zurzeit diskutierte Richtlinie zur Eurovignette würden die Kosten nach Experteneinschätzungen durchschnittlich 3 Cent bis 5 Cent zusätzlich pro Kilometer betragen. Zwar näherten sich die Transportpreise für Agrarerzeugnisse und Nahrungsmittel

erst allmählich wieder dem Vorkrisenniveau, doch im Zuge der Konjunkturerholung seien die Spediteure durchaus gewillt, ihre gestiegenen Kosten nun auch an ihre Kunden weiterzugeben. Das „Weißbuch Verkehr“ hat der AFC zufolge ein geteiltes Echo hervorgerufen. Die wohl absehbare Kritik habe die Kommission allerdings im Keim zu ersticken versucht und argumentiert, die kostenspezifischen Konsequenzen für die Transportbranche seien überschaubar, da die Verlagerung von der Straße auf die Schiene nur den Güterfernverkehr über Distanzen von mehr als 300 km betreffen solle. Mehr als drei Viertel aller Lkw-Güter werde aber laut Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) im Nahbereich, also über Entfernungen bis zu 150 km, befördert. Zwar seien die Angaben der Kommission durchaus zutreffend, so die AFC; gleichwohl verschleierte sie die Realitäten. Die genannte Verteilung erfasse auf Nah- und Fernzonen lediglich die beförderte Menge in Tonnen, nicht aber die Verkehrs- oder Fahrzeugleistungen, die letztlich Rückschlüsse über die Auslastung der Verkehrswege, den Energieverbrauch und Umweltbeeinträchtigungen zuließen und damit auch bei der Berechnung externer Kosten und deren Abgeltung eine Rolle spielten.

### Transporteure brauchen große Flexibilität

Wie die AFC weiter feststellt, verdeutlicht eine entsprechende Auswertung der Eurostat-Daten, dass beim Transport von Erzeugnissen der Agrar- und Ernährungsbranche nur gut ein Drittel der Tonnenkilometer auf den Nahbereich entfällt, die restlichen zwei Drittel hingegen auf Entfernungen ab 300 km. Zudem dürfte es kaum realistisch sein, insbesondere beim Güterkraftverkehr die Zone bis 300 km langfristig vollkommen auszusparen, wolle man das ehrgeizige Ziel einer Schadstoffreduktion um 60 % erreichen. Abzusehen sei, dass der „einheitliche europäische Verkehrsraum“, wie ihn die Kommission in ihrem Weißbuch entworfen habe, für Unternehmen entlang der Food Value Chain auch das Thema Nachhaltigkeit noch weiter in den Brennpunkt rücken dürfte, betonte die AFC. So müsse die Branche die zunehmenden Anforderungen ihrer Kunden nach einer möglichst klimaschonenden Transportkette berücksichtigen. Außerdem werde für sie der Lkw auf absehbare Zeit der dominierende Verkehrsträger bleiben, denn der von Brüssel beabsichtigte Umstieg auf die Bahn biete sich nur bedingt als Alternative an, da die für den Transport verderblicher Waren benötigte Flexibilität und Umlaufgeschwindigkeit im Haus-zu-Haus-Verkehr auch mit erheblichen Anstrengungen im Infrastrukturausbau auf mittlere Sicht nicht gewährleistet sein werde. AgE

EU/ITALIEN

AGRARPOLITIK

## Italien begrüßt Kooperationsbereitschaft von Agrarkommissar Ciolos

DEBRECEN. Mit Erleichterung hat der italienische Landwirtschaftsminister Saverio Romano auf die Zusicherung von EU-Agrarkommissar Dr. Dacian Ciolos reagiert, die künftigen Zahlungen aus Brüssel nicht ausschließlich an die landwirtschaftlich bewirtschaftete Fläche zu koppeln. Romano will nach eigenen Angaben mit allen Mitteln dafür kämpfen, dass die Höhe der bisherigen Zahlungen für Italien aus dem EU-Agraretat auch künftig erhalten bleibe, stellte der Ressortchef am Rande des informellen Agrarministerrates am Montag vergangener Woche im Anschluss an ein Gespräch mit Ciolos im ungarischen Debrecen klar. Italien könne und werde einer weiteren Verschlechterung der Beihilfenverteilung zu Lasten seiner Bau-

ern nicht zustimmen, warnte Romano. Bereits heute erhalte das Land nur 10 % der Mittel aus dem europäischen Landwirtschaftshaushalt, obwohl Italien 12 % der europäischen Agrarproduktion und 14 % des EU-Haushalts beisteuere, erläuterte der Minister. Die Zusicherung von Ciolos sei ein großer Erfolg, versicherte Romano im Anschluss an die Unterredung. Er selbst habe gegenüber dem EU-Agrarkommissar auf die hohe Wertschöpfung italienischer Produkte, deren Rückverfolgbarkeit und auf den Kampf der römischen Regierung gegen Kopien und Fälschungen hingewiesen. Zugleich sicherte der Minister gegenüber dem Rumänen die Bereitschaft Italiens zu, künftig mit der EU-Kommission enger zu kooperieren. AgE

EUROPÄISCHE UNION

VERBRAUCHERSCHUTZ

## EHEC-Krise beschäftigt EU-Agrarminister

Vorfälle überschatten informelles Treffen in Ungarn - Absatz von Gemüse eingebrochen - EU-Kommission lässt Möglichkeiten für Sonderbeihilfen prüfen - Erzeugerorganisationen können für Marktrücknahmen bezuschusst werden - Einzelbetriebe müssen auf Staatsbeihilfen hoffen - Kloos: Vorsorgender Verbraucherschutz hat Priorität - Verzehrswarnungen aufrechterhalten - Spanien kritisiert Deutschland - Keine Vorverurteilung - COPA und COGECA verlangen schnelle Aufklärung und Hilfen

DEBRECEN/BRÜSSEL. Die Krise um gefährliche Enterohämorrhagische Escherichia-coli-(EHEC)-Bakterien hat das informelle Treffen der EU-Landwirtschaftsminister in Debrecen Anfang vergangener Woche überschattet. Eine Diskussion über das Ausmaß der Vorfälle und die wirtschaftlichen Auswirkungen wurde von Ungarn kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzt. Nach den Worten von Landwirtschaftsminister Dr. Sándor Fazekas sprachen sich die Delegationen für ein gemeinsames Vorgehen aus. Fazekas bekräftigte, dass das EU-Schnellwarnsystem (RASFF) funktioniert habe. Verbesserungen seien natürlich immer möglich. Angesichts der teilweise enormen Absatzeinbrüche, die Gemüseerzeuger in Deutschland, Spanien, den Niederlanden und anderen Teilen der EU erlitten haben, kündigte EU-Agrarkommissar Dr. Dacian Ciolos an, alle Möglichkeiten zur Gewährung von Hilfen prüfen zu lassen. Gleichzeitig dämpfte er die Erwartungen; schließlich sei das

verfügbare Marktinstrumentarium in den vergangenen Jahren immer weiter verkleinert worden. EU-Gesundheitskommissar John Dalli bezeichnete die im Zusammenhang mit EHEC ausgesprochenen Verzehrswarnungen am Mittwoch in Brüssel als unverhältnismäßig. Gleichzeitig lehnte er es ab, Schuldzuweisungen auszusprechen. Nachdem endgültig bestätigt wurde, dass die in Verdacht geratenen spanischen Gurken nicht die Quelle des für die Erkrankungen verantwortlichen Serotyps des Erregers waren, entfernte die Kommission am Mittwoch einen Warnhinweis aus dem RASFF.

### Kofinanzierung für Organisationen

Hinsichtlich der Möglichkeit von Beihilfen muss nach Auskunft der Kommission grundsätzlich unterschieden werden, ob der Gartenbaubetrieb einer Erzeugerorganisation angehört oder nicht. Erzeugerorganisationen können jährlich bis zu 5 % der